



Ausgabe 11/2015

- Zum Tode von Helmut Schmidt | 2
- Neue Regelung der Sterbebegleitung | 4
- Pflegestärkungsgesetz II: Großer Fortschritt für eine bessere Pflege | 5
- Rede im Bundestag: Schutz besonders gefährdeter Flüchtlinge | 6
- Flüchtlingspolitik: Maßnahmen umsetzen und Ordnung schaffen | 7
- Termine im Wahlkreis | 8
- Besuch in Berlin | 9

Sehr geehrte Leserinnen und Leser,

liebe Freundinnen und Freunde der Sozialdemokratie,

die schrecklichen Anschläge in Paris haben uns alle tief getroffen. An der Seite unserer französischen Freundinnen und Freunde trauern wir um die vielen Menschen, deren Leben gnadenlos genommen wurde. Sie wurden in Cafés, beim Essen im Restaurant, in der Nähe eines Fußballspiels und in einem Konzertsaal angegriffen – Orte, an denen jede und jeder hätte sein können. Wir fühlen mit den Angehörigen und den Familien, deren Geschwister, Eltern und Kinder, Freundinnen und Freunde getötet wurden. Wir sind solidarisch mit Frankreich.



Weitere Informationen finden Sie auch auf meiner Internetseite:



www.guelistan-yueksel.de



Oder auf Facebook:



Gülistan Yüksel –
Miteinander.
Für Deutschland.



Herzliche Grüße

Gülistan Yüksel

Zum Tode von Helmut Schmidt

Die SPD trauert um Helmut Schmidt. Wir verneigen uns vor der historischen Lebensleistung eines großen sozialdemokratischen Staatsmannes, der unsere Partei und unser Land über Jahrzehnte geprägt hat.

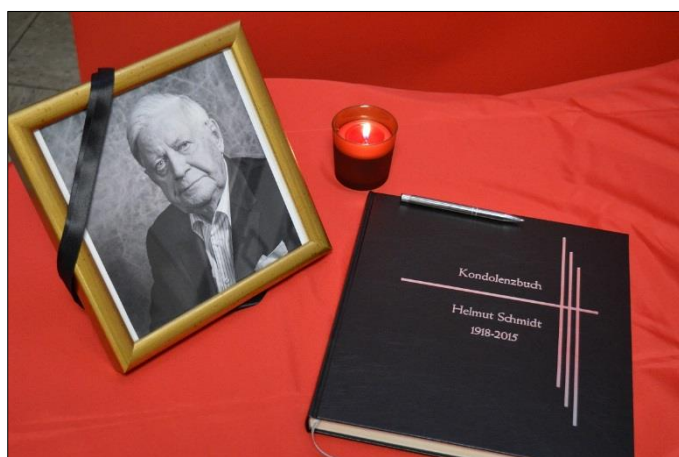


Helmut Schmidt erlebte als Zeitzeuge unterschiedliche Phasen deutscher Geschichte. Geboren in der Endphase des Kaiserreiches, aufgewachsen in der Weimarer Republik, erlebte und überlebte er als Soldat den Zweiten Weltkrieg und den Nationalsozialismus.

Geprägt durch die grausamen Erfahrungen des Krieges, trat er nach dessen Ende aus tiefer Überzeugung der SPD bei, um ein neues, demokratisches Deutschland mit aufzubauen. Der Beginn einer beeindruckenden politischen Laufbahn. In seiner Heimatstadt Hamburg wurde er Senator, bevor er als Bundestagsabgeordneter, später als Vorsitzender der SPD-Bundestagsfraktion und Verteidigungs- und Finanzminister zu einem der prägnantesten Köpfe der Bonner Republik aufstieg. Er übernahm als Bundeskanzler Verantwortung und Führung in schweren Zeiten, in denen wirtschaftliche Krisen und sicherheitspolitische Herausforderungen strategische Perspektiven und konsequentes Handeln erforderten. Als Krisenmanager steuerte er die Bundesrepublik mit Weitsicht und Augenmaß durch Ölkrise, Wettrüsten und die Bedrohung durch den Terrorismus. Helmut Schmidt überzeugte über Parteigrenzen hinweg mit staatsmännischem Charisma, scharfem Intellekt und beeindruckender Disziplin. Seine Haltung und seine unbeirrbar Gradlinigkeit in Krisen und bei der Umsetzung von politischen Zielen machten ihn zu einem der ganz großen deutschen Kanzler, dem die Bürgerinnen und Bürger wie keinem anderen vertrauten.

Auch nach seiner Kanzlerschaft verkörperte Helmut Schmidt als ‚elder statesman‘ die internationale Tradition der Sozialdemokratie. Als kosmopolitischer Hanseat dachte und handelte er weit über die Grenzen Deutschlands und Europas hinaus in weltpolitischen Zusammenhängen. Fest verwurzelt in seiner Hamburger Heimat vermochte er es wie nur wenige andere, Politik in globalen Zusammenhängen zu verstehen und zu konzipieren. Die SPD hat einen ihrer ganz Großen verloren. Wir werden seine Urteilskraft, seine Weitsicht und seinen Rat vermissen.

Der SPD-Unterbezirk Mönchengladbach legt aus Anlass des Todes von Altbundeskanzler Helmut Schmidt im Parteihaus der SPD Mönchengladbach ein Kondolenzbuch aus. Noch bis Freitag, den 27. November 2015 können sich hier alle interessierten Bürgerinnen und Bürger zu den üblichen Geschäftszeiten (Mo. – Do. von 9 bis 17 Uhr, Fr. bis 13 Uhr) eintragen.



Neue Regelung der Sterbebegleitung

Nach intensiver zweijähriger Debatte hat sich eine breite, fraktionsübergreifende parlamentarische Mehrheit auf einen rechtlichen Rahmen zur Sterbebegleitung verständigt. Es war richtig, dass wir uns im Bundestag die notwendige Zeit genommen haben, um in dieser ethisch sensiblen Frage eine verantwortungsvolle Entscheidung zu treffen. Im Juni dieses Jahres habe ich gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie dem Ethik-Komitee der Städtischen Kliniken in Mönchengladbach über diese Frage diskutiert. Die Gedanken und Meinungen aus diesem Austausch sind in meine persönliche Entscheidungsfindung eingeflossen.



Die Abstimmung im Parlament markierte den Abschluss dieser Debatte und die Abgeordneten haben – jede und jeder für sich – eine individuelle Entscheidung zu diesem Thema getroffen, die nur dem eigenen Gewissen folgte. Ich habe gegen eine Neuregelung der Sterbehilfe gestimmt, weil ich eine staatliche Einflussnahme auf diese ganz persönliche

Entscheidung nicht unterstütze. Die Würde des Menschen ist unantastbar, dazu gehört auch das Recht frei über seinen eigenen Tod und auch über das Verfahren bestimmen zu dürfen. Mit dem nun verabschiedeten Gesetz wird künftig die geschäftsmäßige Beihilfe zur Selbsttötung, die sogenannte Tötung auf Verlangen, strafrechtlich belangt. Bis zum Lebensende in Würde leben zu können – dafür ist vieles auf den Weg gebracht worden. So etwa auch die Verbesserung der Palliativ- und Hospizversorgung. Unheilbar Kranke und alte Menschen sollen besser und individueller betreut werden. Dabei geht es vor allem darum, ihre Schmerzen zu lindern und ihnen Ängste vor dem Sterben zu nehmen. Diejenigen, die am Ende ihres Lebens Hilfe brauchen, dürfen nicht alleine gelassen werden. Dieser Grundgedanke hat die parlamentarische Beratung des Gesetzes geprägt. Mit dem Gesetz wird die Palliativmedizin auch in Krankenhäusern unterstützt, die weit über den medizinischen Beistand hinausgeht. Durch das neue Gesetz soll die Palliativmedizin Bestandteil der Regelversorgung in der gesetzlichen Krankenversicherung werden. Die sogenannte Spezialisierte Ambulante Palliativversorgung (SAPV) wird flächendeckend ausgebaut. Die Krankenkassen werden dazu verpflichtet, die Patientinnen und Patienten bei der Auswahl von Angeboten der Palliativ- und Hospizversorgung individuell zu beraten. Stationäre Hospize für Kinder und Erwachsene werden finanziell besser ausgestattet.

Pflegestärkungsgesetz II: Großer Fortschritt für eine bessere Pflege

Die SPD-Bundestagsfraktion setzt sich seit Jahren dafür ein, Pflegebedürftige besser zu unterstützen, pflegende Angehörige zu entlasten und gute Ausbildung und Arbeitsbedingungen von Pflegefachkräften zu sichern. Wichtige Erfolge haben wir bereits mit dem Gesetz zur besseren Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf und dem ersten Pflegestärkungsgesetz erzielt. Damit haben wir die Pflegeinfrastruktur deutlich verbessert und an die Bedürfnisse der Pflegebedürftigen angepasst.

Einen weiteren wichtigen Fortschritt bringt das nun verabschiedete Pflegestärkungsgesetz II (PSG II). Mit ihm werden die bisherigen drei Pflegestufen durch fünf Pflegegrade ersetzt, mit denen der individuelle Bedarf der Pflegebedürftigen genauer ermittelt werden kann. Mit dem „neuen“ PSG II tritt nun folgender Grundsatz in Kraft: Alle Pflegebedürftigen haben künftig gleichberechtigten Zugang zur Pflegeversicherung – egal, ob sie sogenannte körperlich bedingte oder psychisch/geistig bedingte Einschränkungen haben. Was sich inzwischen wie eine Binsenweisheit anhören mag, ist dennoch eine kleine Revolution in unserer bisherigen Pflegeversicherung. Dies kommt insbesondere auch Demenzkranken zu Gute.



Niemand ist nach der Umstellung schlechter gestellt – viele aber besser. Gleichzeitig unterstützen wir pflegende Angehörige besser als bisher: Für sie wird die Pflegeversicherung künftig höhere Beiträge für Rente und Arbeitslosenversicherung leisten. Gute Pflege hat ihren Preis. Und der muss solidarisch von der ganzen Gesellschaft geleistet werden. Daher bleibt es bei der paritätischen Finanzierung in der Pflegeversicherung. Das

heißt, die Pflegeversicherung wird auch weiterhin zu gleichen Teilen durch Beiträge der Arbeitnehmer und Arbeitgeber getragen.

Klar ist: Eine hohe Qualität in der Pflege ist nur mit ausreichend vielen und gut ausgebildeten Pflegefachkräften gewährleistet. Mit einem Pflegeberufsgesetz werden wir deshalb noch in dieser Legislaturperiode das Berufsfeld Pflege attraktiver machen.

Darüber hinaus fordert die SPD-Bundestagsfraktion einen bundesweit einheitlichen Personalschlüssel und eine flächendeckend gerechte Bezahlung von Pflegekräften nach Tariflohn. Denn menschenwürdige Pflege und gute Arbeitsbedingungen für Pflegekräfte müssen überall in Deutschland sichergestellt sein.

Wenn sich im Dezember der Bundesrat unserer heutigen Entscheidung anschließt, dann hat die lange erwartete Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs endlich eine gesetzliche Grundlage sowie einen ganz konkreten Termin, nämlich den 1. Januar 2017.

Rede im Bundestag: Schutz besonders gefährdeter Flüchtlinge

Am vergangenen Donnerstag habe ich im Bundestag zum Thema „Schutz besonders gefährdeter Flüchtlinge in Gemeinschaftsunterkünften und Erstaufnahmeeinrichtungen“ geredet. Des Weiteren habe ich meinen Unmut über den Schlingerkurs der Unionsfraktion in aktuellen Flüchtlingsfragen geäußert. Meine Rede zum Nachlesen findet sich im Anhang des Newsletters oder auf meiner Homepage www.guelistan-yueksel.de.



Flüchtlingspolitik: Maßnahmen umsetzen und Ordnung schaffen

In der Flüchtlingspolitik hat sich die Große Koalition am 05. November auf einen Kompromiss verständigt. Die vereinbarten Maßnahmen schaffen mehr Ordnung bei der Aufnahme von Flüchtlingen, beschleunigen die Asylverfahren und erleichtern eine schnellere Rückführung von Menschen, die kein Bleiberecht haben.

Menschen die in Deutschland Schutz suchen, sollen auch weiterhin ein menschliches und faires Verfahren erhalten. Haftähnliche Transitzone, wie von der Union gefordert, sind vom Tisch.

- Asylsuchende mit geringen Chancen auf Anerkennung werden künftig in besonderen Aufnahme-Einrichtungen untergebracht, in denen die Asylverfahren in rund drei Wochen abgeschlossen sein sollen. Diese Regelung betrifft Menschen aus sicheren Herkunftsstaaten, mit Wiedereinreisepflichten oder solche, die keine Bereitschaft zeigen, ihre wahre Herkunft aufzudecken.

Für diesen Personenkreis gilt auch eine verschärfte Residenzpflicht, d.h. sie dürfen den Bezirk der zuständigen Ausländerbehörde nicht verlassen. Ihre Rückführung soll unmittelbar aus der Aufnahme-Einrichtung erfolgen. Wer sich diesem Verfahren verweigert, dem drohen künftig Sanktionen wie etwa Wegfall des Leistungsanspruchs.

- Alle Asylsuchenden erhalten darüber hinaus künftig bei der Registrierung einen einheitlichen Ausweis, der in einer einheitlichen Datenbank erfasst wird. Dies verhindert, dass unterschiedliche Behörden mehrmals Personalien aufnehmen müssen und trägt somit zu einer deutlichen Beschleunigung der Asylverfahren bei.

Geschlossen anpacken und Probleme sachorientiert lösen, darauf kommt es jetzt an. Zu einer konstruktiven Zusammenarbeit gehört, dass sich alle Koalitionspartner an Absprachen halten. Ein Durcheinander und Chaos darf es nicht geben!



Neues aus dem Wahlkreis

Termine im Wahlkreis

Bereits vorab möchte ich auf zwei Veranstaltungen hinweisen, die im Frühjahr 2016 stattfinden werden. Hierzu seid Ihr herzlich eingeladen!

Am Donnerstag, den **21. Januar 2016** wird die **Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Aydan Özoguz, MdB**, im Rahmen eine Fraktion-vor-Ort-Veranstaltung bei uns in Mönchengladbach zu Gast sein.



Eine weitere informative Diskussionsveranstaltung wird am Montag, den **29. Februar 2016** stattfinden. Gemeinsam mit den **Hephata Werkstätten** organisieren wir eine Veranstaltung über das geplante Bundesteilhabegesetz. Dazu haben wir die **behindertenpolitische Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion, Kerstin Tack, MdB** als Hauptrednerin gewinnen können.

Bitte beide Termine vormerken! Ort und Uhrzeit werden zeitnah bekanntgegeben.

Des Weiteren biete ich auch in 2016 wieder **Bürgersprechstunden** an. Anmeldung hierfür bitte bei meinen Mitarbeitern unter Angabe des Gesprächsthemas. Im ersten Halbjahr lade ich an folgenden Terminen, jeweils in der Zeit von 16:00 bis 17:30 Uhr, in mein Wahlkreisbüro in der Brucknerallee 126 ein:

- Montag, 18. Januar,
- Donnerstag, 11. Februar,
- Dienstag, 22. März,
- Dienstag, 19. April,
- Dienstag, 3. Mai und
- Dienstag, 14. Juni.

"Bürgergespräche 2016"

SPD Wahlkreisbüro: Brucknerallee 126, 41236 Mönchengladbach
Anmeldung unter: guelistan.yueksel@bundestag.de oder 02166/8559766

Besuch in Berlin

In der Zeit vom 13. bis zum 16. Oktober 2015 hatte ich wieder 50 Mönchengladbacherinnen und Mönchengladbacher zu Besuch an meinem Arbeitsplatz in Berlin.

Es war ein tolles Programm mit interessanten Einblicken und informativen Gesprächen. Auf der Agenda standen: der Deutsche Bundestag, das Bundesministerium des Innern, die Bundeskanzler-Willy-Brandt-Stiftung, die Gedenkstätte Normannenstraße (ehem. Stasi-Zentrale) und das Denkmal für die ermordeten Juden Europas. Eine rundum gelungene Reise in die Hauptstadt.

Es war wie immer ein tolles Erlebnis mit guten Gesprächen! Vielen Dank für den Besuch!



Außerdem hatte ich am 12. November die Kriminalpolizei aus Mönchengladbach zu Gast im Bundestag. Gemeinsam mit meinem Kollegen Norbert Spinrath, ehemaliger Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei, hatten wir eine tolle und spannende Diskussion u.a. zum Thema Vorratsdatenspeicherung. Die Gruppe besuchte auch eine Plenardebatte sowie die Fraktionsräume und die Kuppel.

Impressum

V.i.S.d.P.: Gülistan Yüksel, MdB | Platz der Republik 1 | 11011 Berlin | Tel: 030 / 227 73553

guelistan.yueksel@bundestag.de | www.guelistan-yueksel.de

© 2015 | Gülistan Yüksel, MdB

Redaktion und Layout: Tobias Paszek | Redaktionelle Mitarbeit: Judith Aßmann, Kai Mühlstädt, Edip Uzun

Sollten Sie diesen Newsletter nicht mehr erhalten wollen, möchten wir Sie bitten, uns Ihre Newsletter-Abmeldung per E-Mail mitzuteilen. Anschließend wird Ihre E-Mail-Adresse aus dem Verteiler gelöscht.

Schutz für gefährdete Flüchtlinge

Rede im Deutschen Bundestag am 12. November 2015

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren!

Was wir die letzten Monate tagtäglich lesen, sehen und vor Ort miterleben, ist schwer in Worte zu fassen. Menschen legen mit dem Mut der Verzweiflung Tausende Kilometer unter schwierigsten Umständen zurück, um Schutz zu finden. Unter ihnen sind unbegleitete Kinder, junge Männer, Frauen und Familien mit Kindern – Menschen, die vor Krieg und Verfolgung fliehen und dafür sogar ihr Leben riskieren.

Trotz der großartigen Hilfsbereitschaft der Bürgerinnen und Bürger vor Ort müssen wir aber feststellen, dass wir am Rande des Machbaren arbeiten und dass eigentlich selbstverständliche Standards momentan nicht überall eingehalten werden können. Unsere Ansprüche, wie wir als Gesellschaft zusammenleben wollen, dürfen wir aber nicht senken. Ein wichtiger Anspruch muss es sein, trotz der Ausnahmesituation und der überfüllten Erstaufnahmeeinrichtungen und Flüchtlingsheime die besonders Schutzbedürftigen nicht aus den Augen zu verlieren; das sind Frauen, Kinder – das ist heute mehrfach gesagt worden –, aber auch Menschen mit Behinderungen, Homosexuelle und andere Gruppen.

Sicherheit – darauf müssen alle Menschen in unserem Land vertrauen können. Wir haben eine menschenrechtliche Verpflichtung zum Schutz vor Gewalt, auch in Flüchtlingsunterkünften. Ich begrüße deshalb die Forderungen im Antrag; denn die Schaffung eines gewaltfreien und sicheren Umfelds, gerade für die Schutzbedürftigen, hat hohe Priorität.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Kulturelle Hemmnisse, mangelndes Wissen über Rechte und fehlende Informationen in verständlicher Sprache sind ein großes Problem. Unkenntnis und Unsicherheit führen dazu, dass sich viele nicht trauen, Hilfe zu suchen. Die Sorge, das Asylverfahren eventuell negativ zu beeinflussen, ist sehr groß. Deutschland ist durch die EU-Aufnahmerichtlinie dazu verpflichtet, in den Flüchtlingsunterkünften geschlechts- und altersspezifische Aspekte zu berücksichtigen und geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen. Eine Umsetzung der Richtlinie ist längst überfällig. Ich begrüße, dass die Richtlinie im Entwurf eines Gesetzes zur Umsetzung des Gemeinsamen Europäischen Asylsystems enthalten ist und dieser sich unter Federführung des BMI aktuell in der Ressortabstimmung befindet. Nach meiner Kenntnis soll es noch in diesem Jahr in Angriff genommen werden. Der Gesetzentwurf sieht weiterhin vor, Erstaufnahmeeinrichtungen der Heimaufsicht zu unterstellen. Damit gelten die Schutzstandards der Kinder- und Jugendhilfe, welche bisher durch das Asylverfahrensgesetz ausgeschlossen sind; eine wichtige Änderung, die wir sehr begrüßen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Die Länder sind schon jetzt aufgefordert, geeignete Schutzmaßnahmen zu treffen, damit Übergriffe und Gewalt, einschließlich sexueller Übergriffe, verhindert werden. Die Bundesfamilienministerin hat deutlich gemacht, dass jeder Fall von Gewalt, Kindesmissbrauch und Vergewaltigung einer zu viel ist. *(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der CDU/CSU und des BÜNDNISSES 90/ DIE GRÜNEN)*

Sie appelliert an die Länder, sich dem Thema entschlossen anzunehmen.

Die Checkliste mit Mindeststandards des Unabhängigen Beauftragten für Fragen des sexuellen Kindesmissbrauchs enthält hierzu viele wichtige Forderungen. Sie sind heute schon mehrmals erwähnt worden, aber einige möchte ich doch erwähnen: eine separate Unterbringung von alleinerziehenden Müttern mit ihren Kindern, nach Geschlechtern getrennte Duschen und eine höhere Sensibilisierung der haupt- und ehrenamtlichen Helfer. Diese präventiven Maßnahmen gilt es zügig in den Unterkünften umzusetzen und nicht erst, wenn Verdachtsfälle auftreten.

Erlauben Sie mir an dieser Stelle eine Bemerkung zu dem, was wir am vergangenen Wochenende zum Thema Familiennachzug erleben mussten. Ja, die Debattenkultur gehört untrennbar zur Demokratie, und man muss sich auch einmal streiten, um dann eine gemeinsam vertretbare Position zu finden. Aber man sollte zuerst untereinander darüber reden, welche Haltung man vertritt. Was wir erleben mussten, war unprofessionell und unwürdig.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN)

Wir haben nicht das Recht, Familien auseinanderzureißen. Sie werden durch diese Beschränkung die Familien auch nicht davon abhalten, zueinanderzukommen. Dieser Vorschlag zwingt gerade die Schutzbedürftigsten in die Boote, und das sind – auch das ist heute mehrmals erwähnt worden – die Frauen und Kinder.

(Norbert Müller (Potsdam) [DIE LINKE]: Genau!)

Klar ist: Asyl ist ein Menschenrecht, an dem wir nicht rütteln dürfen. Die syrischen Flüchtlinge, die zu uns kommen, haben ein Recht auf Asyl, sie haben das Recht, ihre Familien zu holen und damit in Sicherheit zu bringen. Was würde man selbst in einer solch verzweifelten Situation tun? Diese Frage muss sich jede und jeder immer wieder selber stellen.

(Beifall bei der SPD sowie bei Abgeordneten der LINKEN und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, in den letzten Wochen habe ich oft gedacht: Was geht es uns doch gut! Wir sollten uns jeden Tag glücklich schätzen, in Frieden und Freiheit leben zu dürfen. Deutschland hat große Verantwortung auf sich genommen. Der Aufgabe, die vor uns liegt, müssen wir uns als Gesellschaft gemeinsam stellen. Ich bin zuversichtlich, dass wir das trotz aller Schwierigkeiten am Ende hinbekommen, Schritt für Schritt. Ein Schritt ist: die Verbesserung der Lebensbedingungen. Diese müssen stimmen, sowohl für die, die noch zu uns kommen, als auch für die, die schon hier sind. Die Umsetzung der EU-Aufnahmerichtlinie darf nicht weiter auf Kosten der Schutzlosesten verzögert werden, sondern muss zügig erfolgen.

Herzlichen Dank.

(Beifall bei der SPD und der LINKEN sowie bei Abgeordneten des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN)